

Berichterstattung des Arbeitsmarktes in Sachsen

Bericht des Landesamtes

Zimmer Mehlauer sind die Berichte des Landesamtes für Arbeitsvermittlung in den letzten Wochen und Monaten gemessen. Zwar wurden durch gute Durchführung immer noch Verbesserungen in den Berichten aufgeführt. Jedoch aber nicht auch die höchste Höhe nicht mehr, um die schlechteste Krise in der Wirtschaft zu vertuschen. Der Bericht vom 17. Juni gibt in verklärter Form zu:

In einzelnen Bezirken ist bereits ein gewisser Stillstand in der Aufwärtsbewegung festzustellen und teilweise sogar eine leichte (?) Verschlechterung eingetreten. Weiter verschlechtert hat sich die Lage in der Lederindustrie, in der Betriebsbeschränkungen und Entlassungen immer größere Formen annehmen. Ebenso hat die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Strumpf- und Tricotindustrie etwas (?) nachgelassen. Kurz gearbeitet wird hier und da in den Kommodenfabriken. Natürlich kann sich das Landesamt nicht vertuschen, dass die Vermittlungsstatistik durch Anzeichen beginnender Lohnkürzungen ungünstig beeinflusst ist.

Womit das Landesamt überdies sagen will, daß die Verantwortung für die Lage in Dornheim die Hungerlöhne der Arbeiter tragen. Ferner soll man mit Juridgingen in der Bedarfs an Arbeitskräften in der Jigarettenindustrie und in der Betriebseinschränkungen in der Jigarettenindustrie. Auch im Schneidergewerbe hat die Nachfrage nach Arbeitskräften bedeutend nachgelassen. In der Strohhutindustrie kam es zufolge Saisoninflusses zu Entlassungen, die Lage für männliche und Bureauangestellte ist weiterhin ungünstig geblieben.

Wir haben hier nichts mehr hinzuzufügen. Die Beamten und Pünner, die dem Volk Pöbelhaft in die Augen treten, um es blind zu machen, können nicht mehr leugnen, daß ihre Wirtschaft und ihre Politik das ganze deutsche Volk in den Abgrund brüht.

Aus der Generalversammlung des DAB. Meissen

Am 8. und 12. Juni hielt der DAB Meissen seine fünftägige und Hauptversammlung ab. Beide Versammlungen beschäftigten sich mit dem kommenden Gewerkschaftsjahre und den dafür notwendigen Delegiertenwahlen, mit dem Meißner Gewerkschaftsjahr und laufenden Verhandlungsangelegenheiten. Am 12. Juni wurde die Hauptversammlung durch den Vorsitzenden Schreiber geleitet. In der Hauptversammlung waren gegen 70 Kollegen, in der Delegiertenversammlung waren weniger — und das bei einer Mitgliederzahl von 200 Kollegen. (Schätzungsweise ist an diesem schlichten Abend die Vertretung der Kommunisten (Schuld.) In der Delegiertenversammlung sprach zum 1. Punkt der Tagesordnung der 1. Delegierte Kolbenbaum und führte ungeführt folgende Rede:

Die kühnen Pläne der Schlichtungstages, Schlichtungswesen und der Auslieferungsgesellschaften müssen endgültig gelassen werden. Der Bundesvorstand hat seit dem letzten Kongress zu gut wie nichts getan. Die Diskussion war außerordentlich mangelhaft, beide Richtungen wollten sich das Pulver auf die Hauptversammlung aufsparen. Unter Punkt 2 wurde beschlossen, daß für Meissen ein eigener Kandidat für die Wahlen zum Gewerkschaftsjahre aufgestellt werden soll. Vorgeschlagen wurde Kolbenbaum und der Genosse Schreiber. Kolbenbaum wurde mit 64 Stimmen gewählt. Zum Punkt 3 betraf Gewerkschaftsjahr forderte ein Antrag des Kollegen Schreiber, daß im Herbst nur rote Zahlen mitgeführt werden sollen. Hier zeigte der ehemalige Parteipublikant Kolbenbaum sein wahres Gesicht. Nur rote Zahlen mitzuführen, das könne nicht durchgeführt werden. Es ging hier um die Frage Monatslohn oder Republik. Genosse Schreiber zeigte den arbeiterfeindlichen Charakter dieser Republik und forderte, daß bis zum nächsten Kongress der rote Jahne lammeln müßte.

Die Hauptversammlung war dann nach der Tagesordnung. Nachdem der Delegierte Kolbenbaum die Tagesordnung bekannt gegeben hatte, beantragte der SPD-Kollege Rüger, den 1. Punkt: Stellungnahme zum Gewerkschaftsjahre von der Tagesordnung wegen des schwachen Belüchtes abzulehnen, und gleich zum Punkt 2: Delegiertenwahlen überzugehen. Genosse Schreiber erklärte, daß er mit einer Vertagung der Versammlung einverstanden sei. Kolbenbaum erklärte eine Vertagung für unmöglich. Darauf forderte Schreiber die Abweisung der Tagesordnung. Mit knapper Mehrheit wurde die Abänderung der Tagesordnung beschlossen und der Antrag des Genossen Schreiber abgewiesen. Die Versammlungsleitung erklärte mit der Abstimmung über die Forderung der Tagesordnung auch die gestellten Anträge an den Gewerkschaftsjahre für erledigt. Die Anträge behandelten die Forderung, eine Studienkommission nach Sowjet-Rußland zu entsenden und den Beitritt der deutschen Gewerkschaften zum englisch-russischen Einheitsfronten.

Metallarbeiter Meißens: Erkennt viele arbeiterfeindlichen Handlungen, die zum Schaden der Gesamtarbeiterschaft sich auswirken werden. Besucht die Versammlungen, die von der Ortsverwaltung einberufen werden. Verhindert die Schotage der Bureaukraten, fordert die Einheit der Gewerkschaften und die Entsendung von Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland, verlangt die Einstellung der Volkswirtschaften zurer Bureaukraten. Geht am 12. Juli eure Stimme bei den Delegiertenwahlen nur den oppositionellen Kandidaten.

Florschiß stellt seine ramponierte Ehre wieder her:

In der am 28. Januar d. J. stattgefundenen Stadtratsversammlung in Heidenau stand auf der Tagesordnung unter anderem ein Amnestieantrag der KPD-Fraktion. Als der Genosse Günther zu diesem Antrag sprach, machte ihn der Sozialdemokrat Florschiß lustig und führte folgendes aus:

Wir haben in dieser Beziehung schon sehr viel getan, müßten diesen Antrag aber im Ausschuss ablehnen, und im übrigen haben wir in Heidenau keine politischen Gefangenen. Darauf rief der Genosse Pfeifer, der als Zuhörer erschienen war: „Wußt, Schande, und du wußt ein Arbeitervertreter sein?“ Weil Genosse Pfeifer angeblich der Aufforderung des Vorsitzenden Dröschel, die Tribüne zu verlassen, nicht rechtzeitig nachgekommen sein soll und noch eine beleidigende Äußerung gegen Florschiß ausgesprochen habe, deswegen stand er am 4. April vor dem Amtsgericht in Pirna, um sich wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung zu verantworten. Die erschienenen Zeugen Dröschel und Florschiß (letzterer als Nebenkläger) gaben sich die erdenkliche Mühe, den Angeklagten reinzulügen. Der Vertreter des Staatsanwaltes beantragte eine 1000 Mark Strafe. Das Gericht verkündete nach stundenlanger Beratung das Urteil und verurteilte Pfeifer zu 120 Mark Geldstrafe oder 24 Tagen Gefängnis und Publikation des Urteils in der Pirnaer Tante von der Gartenstraße.

So reparierte der Staatsanwalt und das Amtsgericht die Ehre des Sozialdemokraten Florschiß. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde unter dem 29. Mai in Dresden verhandelt. Dort behauptete Florschiß nochmals, er habe sehr

Studenten und gegen Arbeiterhygiene — das ist die Parole der sächsischen Sozialdemokraten

Landtag

Sitzung vom 23. Juni 1925

Der Eintritt in die Tagesordnung beantragt Genosse Renner, den von der KPD-Fraktion eingereichten Amnestieantrag auf die Tagesordnung zu setzen. Trotz mehrfacher Unterbrechung durch Winkler begründet er eingehend die Wichtigkeit des Antrages. Winkler widerspricht. Genosse Siewert erklärt, daß durch die Stellungnahme des Justizministers, der kein Interesse an den Anträgen zu haben behauptete, entgegenzusetzen werden müsse und deshalb nur Erledigung des Justizrats die Beratung des Antrages erfolgen solle. Winkler bezieht sich, Ringer zu verteidigen, so daß dieser es nur nötig hat, Winklers Ausführungen zu unterstützen. Die Mehrheitsmehrheit stimmt dem Antrag nieder. Die deutschnational-sozialdemokratische Einheitsfront beginnt zu arbeiten. Es folgen Anträge auf Strafverfolgungen von Abgeordneten. Bei dem Erlaß um Strafverfolgung des Genossen Renner wegen „Freiheitsvergehen“ beantragt der Reichstatter selbstverständlich die Aufhebung der Immunität. Der Sozialdemokrat Bechtel erklärt pathetisch sich in einem Fall der Stimme zu enthalten, um die Strafverfolgung des Genossen Renner zu ermöglichen, und ihm „Gelegenheit zu geben, die Behauptungen zu beweisen.“ Die Strafverfolgung des Genossen Renner wird gegen die Stimmen der Kommunisten und linken Sozialdemokraten genehmigt.

In einem Falle des Abgeordneten Rauh (SPD.) bezieht sich ein Mann förmlich, den Antrag abzulehnen, weil der Antragsteller (Ministerpräsident Heßler) nur aus Haß gegen einen Parteigenossen die Strafverfolgung verlange. Bei der Abstimmung über diesen Antrag stimmt Rauh (SPD.) für die Strafverfolgung seines eigenen Parteigenossen und Winkler, Leipzig, enthielt sich der Stimme. Die Strafverfolgung wird mit 18 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag über die Strafverfolgung des Genossen Lieberich wird wegen alzu lächerlichen Bundes einstimmig abgelehnt. Die folgende Beratung des Kapitels Staatsrechnungswesen ergibt Annahme gegen die Stimmen der Kommunisten. Einstimmig angenommen wurde das Kapitel Hauptkassarschiebung. Bei der Beratung des Kapitels Hochschulen begründet Genosse Dr. Schminde den Standpunkt der kommunistischen Fraktion. Die Kommunisten und ihre Anhänger der Wissenschaft. Solange diese aber ein Instrument des Bürgerrechts zur Unterdrückung der Arbeiterklasse ist, werden die Kommunisten jede Unterstützung verweigern. Die Hochschulen sind heute die Brutstätte der Reaktion, die Träger des imperialistischen Nationalismus und die Erziehungsanstalten für Arbeiterfeinde. (Lebhaftes „Sehr richtig“.) Die Studenten schamen sich heute der schwarzen-goldenen Burleskenhaftigkeiten, weil diese sie daran erinnern, daß es einst gegen die feudalen Tyrannen und für die Volksrechte auf den Barrikaden gekämpft haben. Sie verweigern ihre Anteilnahme an der bürgerlichen Revolution 1848, weil sie sich bei den Kapitalisten des imperialistischen Deutschlands als Kulis und Handlanger anbinden wollen.

Ihre nationalpolitische Drapierung ist nichts als gemeiner Schwundel, denn die Bourgeoisie verrät die nationalen Interessen um ihre Profite willen. Allein die Arbeiterklasse kämpft für die nationalen Interessen des ganzen Volkes. Um das „Vaterland“ zu verteidigen, muß sie es aber erst erobern und ihre Feinde ausrotten. Dann wird sie Arbeiterindern durch freie Kost, Wohnung und Vermittlung Studium und Wissen ermöglichen. Sie verweigert aber den arbeiterfeindlichen Studenten von heute jede Unterstützung. (Lebhaftes „Sehr gut“ bei den Kommunisten.) Das Kapitel wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Auch die linken Sozialdemokraten stimmen für die sächsischen Hochschulen.

Die Beratung des Kapitels für Verkleinerung von Volksgebern an die Kirche, mit dem deutschnationalen Kaula auf die Tribüne, von der aus unter häßlichem Gelächter und Zurufen links die trefflichen Ausführungen des Genossen Dr. Schminde angreift, der die heuchlerische und volksfeindliche Rolle der Kirche bei der Beratung im Ausschuss bereits gekennzeichnet hatte. Genosse Siewert geht zu Hand von Briefen aus dem Felde die niederrichtige erbärmliche Rolle der Kirche und ihrer Anhänger besonders während des Krieges. Ihre politische Verdamnungswürde macht sie zu einem wichtigen Instrument des Bürgerrechts zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Und stets standen die Pfaffen auf der Seite ihrer Klasse. Wo ist Moral, wo ist Wahrheit, wenn die transzendenten Pfaffen für den Sieg ihres Imperialismus, die deutschen für den Wilhelm, und jedes für des anderen Untergang hetzen? (Stürmisches „Sehr richtig“ links.) Die Tritate aus dem einen Munde des Bischofs Brown in allen den deutschnationalen nur so um die Ohren. Wenn die Regierung das Reichsgericht für „unparteilich“ in diesem Falle hält, so ist das geradezu lächerlich. Die Verleumdung der Arbeiterklasse dieser geringen Dienen des Gehiltes wird die Arbeiterklasse entscheiden, an dem Tage, wo sie die Kapitalisten und ihre Pfaffen zum Teufel jagt! (Lebhaftes Bravo!)

Von heftigen Zurufen und häßlichem Gelächter unterbrochen, lehnt sich der Volksparteiliche Vogt ebenfalls für die Kirche ein, und hebt dabei plump gegen die Kommunisten. Zum Antwort Genosse Renner ist sehr ironisch. Die Sozialdemokratien Es s Büttner bringt es fertig, für eine rein juristische

nel für Pfeifer getan, als er in Schutzhaft war. Zum Danke dafür machte er jetzt Käse. Auch die Berufsungsinstanz schickte ihm dem Pirnaer Gerichtsurteil an und glaubte damit die Ehre dieser beiden Sozialdemokraten wieder herzustellen.

Genosse Max Reinhold, Pirna wurde gefesselt nach einer erfolgten Hausdurchsuchung von der Arbeitsstelle weg verhaftet.

Königsbrunn. (Der neue Kurs.) Am Dienstag, den 18. Juni dieses Jahres, fand auf dem Truppenübungsplatz ein großer Zapfenstreik statt, bei welchem sogar General Seest anwesend war. — Sonntag, den 7. Juni, hatten die Pfadfinder auf dem Übungsplatz Montag. An diesem Tag war diese Sache im großen Maße aufgeblasen, da mit Delegierte aus Meissenburg festgesetzt haben. Die ganze Sache war außerordentlich geheim gehalten und nur arbeitende Bauern, welche Einquartierung bekommen hatten, haben uns darüber berichtet. Anwesend waren ungefähr 100 Mann. — Mitte Mai wurde auf dem Übungsplatz ein Soldat erschossen. Man hatte ihn in das Gelände geschickt und verlassen. Man hatte ihn liegen lassen und er wurde am Abend tot aufgefunden. Der Tote stammt aus einem oberbayerischen Regiment.

Selbsteroboj. (Sitzung der Gemeindevorstand.) In der Sitzung der Gemeindevorstand vom 19. Juni 1925 stand als wichtigster Punkt die Beratung des Haushaltsplanes auf der Tagesordnung. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes ergaben sich Einnahmen in Höhe von 826.825 Mark, denen eine Ausgabe von 801.325 Mark gegenübersteht. Es ergibt sich also ein ungedecktes Defizit von 64.700 Mark. Unter Kapitel Allgemeine Verwaltung wurde ein Antrag (KPD.), der die Erhöhung der Entschädigungen für die Gemeindevorstand und Ausschussmitglieder forderte, gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt. Unter Kapitel Polizeiverwaltung wurde nach langer heftiger Debatte, und nachdem sich ganz besonders und mit Aufbietung aller Kräfte der Bürgermeister dafür einsetzte, die Vermehrung der Polizei mit 9 zu 8 Stimmen abgelehnt. Bei der Position Tierbau wurden auf Antrag des Genossen Sinne 2000 Mark als Rücklage für den Bau eines Volksbades bereitgestellt. Durch die Vertreter der KPD. und durch deren Wirten sind die in Abschnitt Bahnhofsverpflichtung eingeleiteten Beträge für Totenbestattung, Kindespflege, Arbeiterfürsorge usw. wesentlich erhöht worden. Nach Abschluß der Einzelberatungen erfolgt Gesamtstimmung über den Haus-

Haushaltsberichterstattung mit der Kirche einzutreten. Sie erklärt sich für Annahme des Kapitels.

Genosse Renner: Da die Kirche eine politische Institution des Kapitalismus ist, müssen alle kapitalistischen Parteien für diese Institution eintreten! Die Abstimmung ergibt Annahme des Kapitels gegen die Stimmen der Kommunisten und linken Sozialdemokraten. Die Regierungsozialisten stimmen selbstverständlich für die Kirche.

Wiederum tritt Kaula im nächsten Kapitel für die Unterbrechung dieses Mal der katholischen Kirche, ein. Renner fragt ironisch, ob er nicht auch noch zum Kabbi gehen wolle. (Gelächter.) Das Kapitel wird mit derselben Stimmenzahl wie das erste angenommen.

Die Sozialdemokraten gegen die hygienische Einrichtung im Schauspielhaus

Bei der Beratung des Kapitels Staatstheater berichtet Er s Büttner im ausgesprochenen bürgerlichen Sinne über die „reichhaltige Ausstattung des Programms“. Die lebhafteste Zustimmung, die ihren Ausführungen bei den deutschnationalen findet, kennzeichnen dieselben genügend. Der Eintritt in die Aussprache wird bei der Vertagung der nächsten Tagesordnung die Forderung des Genossen Siewert, die Amnestiefrage auf die Tagesordnung zu setzen, durch geschäftswidriges Verhalten des Präsidenten abgewiesen. In der darauf folgenden Aussprache vertritt Genosse Ellrott den Standpunkt der kommunistischen Fraktion. Den Zuschuß für das Staatstheater lehnen wir ab. Auf der einen Seite zählt man Kutschengeld, auf der anderen Seite läßt man unter Mithilfe hygienischer Vorschriften Arbeiter für Hungerlöhne die schweren Arbeiten verrichten. So ist in der Kucherei des Schauspielhauses trotz zahlreicher Holzabfälle keine Späneentlungsanlage angebracht. Die schweren Garberarbeiten werden von den Arbeitern die Treppen hinaufgeschleppt, obgleich man sie durch die Hebebühne transportieren kann, wenn man einen Durchgang von der Treppe nach der Hebebühne schafft. Ebenso macht die übernormale Arbeitsleistung es erforderlich, daß die Zahl des technischen Bühnenpersonals wieder auf Friedensstand geleitet werden muß. Trotz Versprechung der Direktion ist die letzte Arbeitsleistung des Bühnenpersonals auch nicht geleistet worden. Ebenso ist die Bezahlung der Beamten in den Gruppen A 2 bis A 3 ungerechtfertigt niedrig. Wir beantragen deshalb:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. Gemäß den Vorschriften der Gewerbeordnung an den Holzbearbeitungsanlagen in der Tischlerei des Schauspielhauses sofort eine Späneentlungsanlage anbringen zu lassen.
2. Damit die schweren Garberarbeiten im Schauspielhaus mit der Hebebühne transportiert werden können, ist von der Treppe nach der Hebebühne ein Durchgang zu schaffen.
3. Um die jetzt übernormale Arbeitsleistung des auf der Bühne des Schauspielhauses beschäftigten technischen Personals zu belegen, ist die Zahl des technischen Bühnenpersonals wieder auf Friedensstand zu bringen. Dasselbe muß bei den Dekorationstransportieren und bei den Möbelkutschen geschehen.
4. Dem gesamten technischen Personal ist die von der Direktion bereits versprochene letzte Arbeitsdienstleistung sofort unentgeltlich zu liefern.
5. Alle bei den Staatstheatern in die Gruppen A 2 bis A 3 eingestuft Beamten sind nach Gruppe A 6 zu bezahlen. Renner und Genossen.

Der Kultusminister versucht sich zu verteidigen, tritt dann aber offen gegen die Erhöhung der Gehälter der Beamten und einer Erweiterung des Personalbestandes ein.

Genosse Renner nagelt das skandalöse Verhalten der Regierung fest, die die Vorschriften des Gewerbeamtes im Falle des Saugapparates glatt mißachtet hat. Die darauf folgende Abstimmung ergibt ein schändliches Bild: Unter Hochgelächter lehnt die deutschnational-sozialdemokratische Einheitsfront einen Antrag nach dem anderen ab.

Genosse Ellrott ruft: „Die Sozialdemokraten gegen Arbeiterwohl!“

Da die Tagesordnung erschöpft ist, wird die Sitzung geschlossen.

Grundfestigkeit

Ein Kautschukrempfer an Grundfestigkeit ist der Abgeordnete Bechtel (SPD.).

Am Dienstag, bei einer Abstimmung über die Strafverfolgung des Genossen Renner wegen Beleidigung des Innenministers, erklärte er, daß er sich der Stimme enthalte, da der Beleidigte Gelegenheit haben müsse, sich zu verteidigen.

5 Minuten später wurde abgestimmt über die Strafverfolgung des Abgeordneten Rauh wegen Beleidigung des Ministerdirektors Schulze. Es war namentliche Abstimmung beantragt. Bechtel stimmte hier dagegen.

Der Grundplan, daß ein Beleidigter sich verteidigen müsse, galt nicht mehr. Wehlich, es geht nichts über Grundstücke.

haltpan. Genosse Sinn gibt im Namen der KPD-Vertreter eine Erklärung ab, in der er politisch zu diesem Haushaltsplan Stellung nimmt und die Abrechnung durch die KPD-Fraktion begründet. Bei der Abstimmung wurde der Haushaltsplan einstimmig mit allen gegen die Stimmen der KPD. angenommen. Darauf folgt die übliche Dunkelkammer.

Junifest

Mittwoch, den 24. Juni.

4.30—6 Uhr abends: Märchenabend für Kinder. Kolle Baumann-Hilpert liest Märchen, Annie Jasse singt Kinderlieder und die Rundfunkhauskapelle spielt entsprechende Musik. — 6.45—7 Uhr abends: Junifestabend. — 7—7.30 abends: Vortrag: Rudolf Schöne: „Johann-Bräuhä.“ — 7.30—8 Uhr abends: Vortrag von Prof. Dr. Erich Watz von der Universität Leipzig aus dem Julius: „Kabium, Röntgenstrahlen und die Materie.“ Leipziger Programm (Seite 154).

8.15 Uhr abends: Sinfonie-Konzert. Orchester: Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Alfred Seidler. Solist: Walter Pawillon (Violine), Lehrer am Konservatorium. 1. Schumann: Capriccio zu „Montfred“, Op. 115. 2. Brahms: Violinkonzert (D-Dur), Op. 77. 1. Allegro non troppo. 2. Adagio. 3. Allegro moderato, ma non troppo vivace (Walter Pawillon). 4. Beethoven: 6. Sinfonie (Pastorale), (A-Dur), Op. 68. 1. Allegro non troppo. Erwachen heiterer Empfindungen bei der Ankunft auf dem Lande. 2. Andante molto, moto. Szene am Bach. 3. Allegro lustiges Zusammensein der Landleute. Adagio. 4. Allegro. Schmetter, Sturm, Adagio. 5. Allegretto. Hirtengesang. Frohe und dankbare Gefühle nach dem Sturm. Dresdner Programm (Seite 192).

8.15 Uhr abends: Wertwürdige Gesellschaft. Mitwirkende: Theodor Blumer (Klavier) und das Dresdner Streichquartett. 1. Beethoven: Adagio aus dem Geister-Trio (B-Dur). 2. Will Vesper: a) Der Architekt, b) Der Ring. 3a) Eduard Grieg: Tanz der Zwerg, b) Walter Klemann: 2 Stücke aus der Japan suite. 4. a) Will Vesper: Eine merkwürdige Geschichte, b) Galtsof Meyring: Der Mann auf der Flöße. 5. Hindemith: Finale aus dem Streichquartett (B-Dur), Op. 10. — Anschließend (etwa 9.45 Uhr) für beide Wellen: Vredberedigt und Haderheils Sportrundericht. Schluß etwa 10.15 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach: Freizeitsportfreunde, die auswärtige Stationen hören wollen.